

# Tumult im Reichstage.

### Annahme der Handelsverträge.

#### Die Auseinandersetzung mit den Fürstendürfern.

Berlin, 2. Dez. Im Reichstag kommt vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Henning (DfL.) auf einen am Montag erfolgten Zusammenstoß mit dem Abg. Dr. Wirth zu. Dr. Wirth hat sich, so erklärt der Redner, erdreistet, mir zuzurufen, an meinen Händen ließe noch das Blut vom Rathenauer Morde. (Zuruf links: Sehr richtig!) Er bezog sich dabei auf einen Artikel, den ich im Jahre 1922 mehrere Wochen vor dem Rathenauer Morde geschrieben habe. (Abg. Müller-Frankenthal (Soz.): Er ist geradezu schamlos. — Der Präsident rügt diese Ausdrucksweise.) Ich stelle fest, alle damals von Wirth verbreiteten Behauptungen, als ob ich irgendwie mit dem Morde an Rathenau in Beziehung stände, haben sich als un- wahr herausgestellt. (Zuruf bei d. Völkischen, anhaltender Lärm links.) In den Gerichtsakten ist mein Name überhaupt nicht genannt worden. Bei der damals von Dr. Wirth veranlassenen Hehe hat ein von der Deutschnationalen Volkspartei eingesetzter Untersuchungsausschuß sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Er hat entschieden, daß die von Wirth ähnelnden Worte ein ganz anderes Angelegenheit betreffen, wenn sie nicht aus dem Zusammenhang herausgerissen wurden. (In dem Artikel war gesagt worden, man habe die Ehre und Würde des deutschen Vaterlandes diesem Manne — Rathenau — anvertraut, und da sei auch die deutsche Ehre und Würde verraten gewesen.) Ich würde den Artikel genau so wieder schreiben. (Großer Lärm links und Zurufe.) Ich würde allerdings den Zusatz machen, daß die Ehre des deutschen Volkes in den Händen des Nicht-Juden Wirth ebenso schlecht aufgehoben war, wie in denen des Juden Rathenau. (Zuruf bei den Völkischen, Sturm, Zurufe links und in der Mitte. Einige sozialdemokratische Abgeordnete werden zur Ordnung gerufen.) Dr. Wirth hat wohl am wenigsten Grund, sich über die Wortschmelze zu beklagen, da er das Wort gesprochen hat: „Der Feind steht rechts“. In der nachfolgenden Zeit sind daher Dutzende von vaterländischen rechtsstehenden Männern in gemeinster Weise überfallen und ermordet worden. (Zustimmung rechts, tobender Lärm und Widerspruch links.) Die von Wirth entfesselte Hehe hat hierbei sicherlich mitgewirkt. Ich könnte dem Dr. Wirth also mit demselben Recht zurufen: „An Ihren Händen liegt Blut“. (Zuruf bei den Völkischen, anhaltender großer Lärm links.) Ich habe für das Vorgehen Dr. Wirths nur die eine Erklärung, daß er vollständig krank und hemmungslos ist. (Sturm, Empörungsrufe links. Man hört die Schimpfworte: Elender Kerl, Lump.) Die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid, Sollmann und Müller-Frankenthal werden zur Ordnung gerufen. Zurufe rechts: Das sind die sozialdemokratischen Intelligenzen.) Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

#### Die zweite Beratung des Handelsvertrages mit Italien wird fortgesetzt.

Abg. Erkelenz (Dem.) bedauert die schwere Belastung, die die deutsche Werkzeug- und Kleinmetallindustrie durch den Vertrag erfährt. Die Behandlung des deutschen Eigentums in Italien habe leider keine Lösung gefunden.

Abg. Rauch-Münch (Bayr. Volksp.) stimmt notgedrungen dem Vertrage zu. Eine Unvernunft des Kontrahens sei es, wenn die Einfuhr italienischer Südfrüchte von 105 auf 175 Millionen und von freihem Gemüse von 62 auf 166 Millionen gestiegen sei.

Abg. Graf Reventlow (DfL.) lehnt den Vertrag ab. Das Vergehen gegen das Denkmal Walkers von der Bogelweide in Bogen sei nicht geeignet, die an und für sich wünschenswerten guten Beziehungen zu Italien zu fördern.

Abg. Frhr. Frentag-Loringhoven (DntL.) verweist gleichfalls auf die unwürdige Behandlung der Deutschen in Tirol. Der Reichsaussenminister verleihe sich darauf, daß im Völkerverbande der Schutz der Minderheiten gesichert werden würde. Wir bitten um Auskunft, in welcher Weise das geschehen soll. Der Außenminister ist von seinem bekannten, lebenswürdigen Optimismus beeinflusst. Um so mehr muß sich der Reichstag der Minderheiten annehmen.

Abg. Lejeune-Jung (DntL.) fordert einen Gesetzentwurf zum Schutze der deutschen Wirtschaft gegen die Dumping-Gefahr aus dem Ausland. England besonders treibe eine drückende Dumping-Politik gegen Deutschland. Der Redner fragt, ob es richtig sei, daß die in Demission befindliche Reichsregierung noch beschuldige, den deutsch-spanischen Handelsvertrag unter Dach und Fach zu bringen.

Ministerialdirektor Dr. Ritter erwidert, daß die Reichsregierung ihre Absicht bereits mitgeteilt habe, am Freitag zurückzutreten. Es könne auf keinen Fall die Rede davon sein, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag bis dahin noch fertig gemacht werde. Soweit seien die Verhandlungen noch nicht. Man sei natürlich bemüht, möglichst schnell zu einem Vertrage zu kommen, aber technisch sei es nicht möglich, so rasch fertig zu werden, daß etwa noch die gegenwärtige Regierung den Vertrag abschließen könnte.

#### Der Handelsvertrag und das Steuerabkommen mit Italien werden darauf in zweiter Lesung gegen einen Teil der Deutschnationalen und kleinen Minderheiten in den anderen bürgerlichen Fraktionen angenommen.

Vor der Schlußabstimmung bei der dritten Lesung bezweifelt Abg. v. Graefe (DfL.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Haus ist jedoch beschlußfähig. Die Verträge werden darauf in dritter Lesung angenommen. Ebenfalls angenommen werden Entschlüsse des Ausschusses, die eine Uebersicht über die Entwicklung der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr und eine Denkschrift über die Dumping-Gefahr fordern.

Der Antrag Lejeune-Jung (DntL.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes zum Schutze gegen die Dumping-Gefahr wird abgelehnt.

Mit 175 gegen 166 Stimmen wird dann beschlossen, alle Anträge zu dem Handelsvertrag den Ausschüssen zu überweisen.

Das Zollabkommen mit der Schweiz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso das Zollabkommen mit Oesterreich.

Es folgt dann die 1. Beratung des von den Demokraten eingebrachten Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstendürfern. Danach werden die Länder ermächtigt diese Auseinandersetzungen, soweit sie noch nicht stattgefunden haben, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln. Ein kommunistischer Gesetzentwurf fordert die entschädigungslose Enteignung der Fürstendürfern.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) begründet den demokratischen Entwurf. Die Rechtssprechung der Gerichte habe zu unvorhersehbaren Zuständen geführt. Die Erfahrungen mit den politischen Prozessen der letzten Zeit, den Oberprozessen, dem

Dolchstoßprozeß, haben gezeigt, wie bedenklich es ist, wenn die Weltgeschichte nachträglich von Gerichten gemacht oder korrigiert werde. (Beif. Links, Rufen rechts.)

Abg. Scheidemann (Soz.) beginnt mit einer Schilberung der schwierigen Wirtschaftslage. Das Geld sei knapp, und nun sollen viele hundert Millionen den Fürsten gezahlt werden, die die Hauptschuld an dem Sommer tragen. Die Fürsten haben offenbar kein Verständnis für die gelinde Art, mit der das Volk bei der Revolution mit ihnen umgegangen ist. Noch ärger ist das Verhalten deutscher Gerichte. Der Redner schließt mit der Aufforderung an die Abgeordneten, Vollstrecker zu sein und nicht Fürstendürfer.

Abg. von Bindeiner-Wildau (DntL.) stellt fest, daß es sich hier um reine Rechtsfragen handle. Auch der Demokrat Schilling habe verlangt, daß man dem Kaiser geben solle, was des Kaisers sei. Wir verlangen nichts weiter, als daß die Mitglieder der ehemaligen Fürstendürfer als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Friedrich Ebert, Wolfgang Heine und andere Sozialdemokraten und auch Demokraten haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern nicht unter politischen, sondern nur unter Rechtsgesichtspunkten erfolgen dürfe. Nach der Weimarer Verfassung ist die Reichsregierung gar nicht zuständig. Die eingebrachten Gesetzentwürfe verstoßen gegen die Bestimmung, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, und daß das Eigentum in der Verfassung gewährleistet wird. Eine Annahme dieser Anträge wäre nicht nur verfassungsändernd, sondern verfassungswidrig. Es wäre ein Ausnahmegericht gegen einen beschränkten Kreis von Staatsbürgern, eine republikanisch aufmontierte Klassenjustiz. Die Verurteilung auf Wisnards Stellungnahme nach 1866 ist verurteilt, denn es ist ein Unterschied, ob ein Fürst durch Revolution oder durch Krieg seine Krone verliert. Das erste ist ein innerpolitischer, das andere ein völkerrechtlicher Vorgang.

Abg. Dr. Bell (Rt.): Meine Freunde werden ohne Vorurteil und frei von Parteieinstellung, streng sachlich urteilen, als traditionelle Hüter der Verfassung und des Rechts auf eine Lösung hinwirken, die mit der gebotenen Rücksicht auf das Staatswohl wirklichen Schutzes bedürftiger Staatsbürger verbindet. Das öffentliche Wohl müsse über alles gehen, aber berechnete Interessen müssen beachtet werden. Im Ausschluß werde die Möglichkeit einer Verständigung gegeben sein.

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. — Weiterberatung Donnerstag.

Berlin, 2. Dez. Die mexikanische Regierung hat den zwischen dem Deutschen Reich und Mexiko am 5. 12. 1882 abgeschlossenen freundschaftlichen Handels- und Schiffsahrtvertrag gekündigt. Die mexikanische Regierung hat sich gleichzeitig bereit erklärt, in Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages mit der deutschen Regierung einzutreten.

### Der Fall Schilling.

Berlin, 2. Dez. Im preussischen Landtag fand am Mittwoch eine Besprechung des Falls v. Schilling statt; sie trug lediglich informativen Charakter. v. Schilling gab ein Bild seiner Intendantentätigkeit. Er hob hervor, daß der Vertrag mit seiner Garantie von ihm erst abgeschlossen sei, nachdem er vorher den Vertrag mit dem Verwaltungsdirektor Winter besprochen hatte, der ihn gebilligt habe. Hr. v. Schilling wandte sich dann bei Besprechung der Hollandreise gegen die allgemeine Anordnung für Gastspiele und gegen die Ansicht des Ministers, wonach die Künstler zu Gastspielen auf Grund ihres Vertrages einfach kommandiert werden könnten. Wenn man einen solchen Grundlag durchführen wolle, so würde ein Gastspiel wohl überhaupt selten zustande kommen. Aus den Darlegungen des Vortragenden schien die Versammlung den Eindruck gewonnen zu haben, daß das Verhältnis zwischen den Ministerien und den Verwaltungsorganen sich so zugespitzt hatte, daß eine weitere Zusammenarbeit nicht möglich war. Die Kompetenzen der zuständigen Organe schienen auch so wenig abgegrenzt und so unklar zu sein, daß daraus der Konflikt sehr erklärlich erscheint. Ueber die Vorgänge wird der Minister noch einen eingehenden Bericht vorlesen. Der Fall wird bei der dritten Lesung des Etats eine Besprechung im Plenum des Landtags finden.

### Ein Deutscher in Afghanistan zum Tode verurteilt.

Berlin, 2. Dez. Der deutsche wissenschaftliche Reisende Staffl-Sauer, welcher Afghanistan bereist, wurde nach Mitteilungen an die Wäster am 17. November in der Nähe von Kabul von Afghanen angegriffen und beschossen. Er schoß in der Notwehr seinerseits, wobei er einen Afghanen durch einen Revolvererschuß verletzte. Inzwischen ist der Afghanen verstorben, und der Wabli ließ den deutschen Geschäftsträger wissen, daß die Verhängung der Todesstrafe gegen Staffl-Sauer unvermeidlich wäre. Staffl-Sauer reiste im Auftrage des Geographischen Instituts in Leipzig.

Konlsruhe, 2. Dez. In seiner heutigen Sitzung hat der badische Landtag die Regierungserklärung mit 36 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gebilligt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Die demokratische Partei und die Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung enthielten sich der Stimmen, während die Kommunisten dagegen stimmten.

Amsterdam, 2. Dez. Der gestern zur Zeichnung aufgelegte holländische Anteil an der 7 v. H. Auslandsanleihe der Stadt Dresden ist bis auf einen geringen Prozentsatz platziert worden.

Oslo, 2. Dez. Das Nobel-Komitee des Storting beschloß, auch in diesem Jahre den Friedenspreis nicht zu verteilen.

Warschau, 2. Dez. Die Bank von Polen hat die Diskontierung von Wechseln eingestellt, um durch das Mittel der auf diese Weise herbeigeführten Verknappung des Geldmarktes der Spekulation entgegenzuarbeiten.

Rom, 2. Dez. Der aus der Matteotti-Angelegenheit bekannte Faschist Marinelli, der, wie gemeldet, aus der Untersuchungskast entlassen wurde, hat nunmehr eine leitende Stellung in der Verwaltung der faschistischen Partei erhalten.

London, 2. Dez. Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß die Admiralität beschlossen habe, unverkühlt 3 Kreuzer, 4 Denoterschiffe, 18 Torpedobootzerstörer, 7 Unterseeboote und 4 andere Fahrzeuge abzurufen.

London, 3. Dez. „Daily News“ meldet aus Beirut, die Konfusen in Dornakus hätten die verschiedenen ausländischen Startangetragenen gewarnt, daß infolge des Vorrückens der Drusen der eine Erneuerung der Beschießung möglich sei.

# Die Krise der deutschen Wirtschaft.

### 1800 Konkurse, 470 000 Arbeitslose im November.

Berlin, 2. Dez. Vor dem Reichsbund deutscher Technik sprach Ministerialdirektor Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium über die Lage und Aussichten unserer Wirtschaft. Er hob hervor, daß eine wesentliche Beruhigung unserer außenpolitischen Verhältnisse eingetreten sei. Ganz im Gegensatz dazu sei die innerdeutsche Wirtschaft von den verschiedensten Krisenerscheinungen bewegt. Als charakteristische Merkmale für die innerpolitische Krise gab er einige interessante Zahlen an. Während im Januar 1924 monatlich noch 29 Konkurse festgestellt wurden, stieg die Zahl bis zur Mitte desselben Jahres auf 895. Im Januar 1925 stieg sie mit 796 ein und stieg im September auf 914, im Oktober auf 1164 und im November auf 1300. Eine ebenso steile Kurve weisen auch die Wechselkurse auf. Im März dieses Jahres waren es 2891 und im November schätzte man die Zahl auf 8408. Auch die Landwirtschaft hat ganz erheblich unter den mangelhaften Wirtschaftsverhältnissen zu leiden, beurteilt man doch die Höhe der laufenden landwirtschaftlichen Wechsel auf etwa eine halbe Milliarde Mark. Zwangsversteigerungen von Gütern werden, obwohl nur noch ein Drittel bis Viertel des Friedenswertes überhaupt zu erhalten ist, aus Mangel an Bietern abgedröhen.

Ebenso schreckenerregende Ziffern sind auch auf dem Arbeitsmarkt festzustellen. Am 15. Oktober hatten wir 298 000 Arbeitslose, am 1. November 363 000 und am 15. November 470 000. Es besteht aber die betrübliche Aussicht, daß im Dezember die Zahl noch bei weitem überschritten wird. Damit würden wir uns etwa dem Zustande nähern, der zur Zeit des Ueberganges von der Inflation zur Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkte herrschte.

Die Grundlagent hierfür liegen einerseits in dem Mangel an Betriebskapital und nötigen Krediten, und zweitens in der außerordentlich schlechten Lage des Absatzmarktes. Während die erste Erscheinung eine typisch deutsche ist, ist der Mangel an Abschmöglichkeiten internationaler Natur. Um dem Mangel an Kredit in Deutschland abzuhelfen, hat unsere Wirtschaft ausländische Kredite aufgenommen. Als Ausweg aus der Krise sah der Redner die Einstellung nicht nur der Unternehmungen und Betriebe, die aus der Inflationszeit stammen, sondern auch derjenigen, deren Produktions- oder Betriebsform einer Nationalisierung entgegenstände. Es müsse einer Verminderung der Produktionsstätten und einer Verminderung unseres wirtschaftlichen Verteilungsapparates eintreten. Gehe dieser Prozeß im bisherigen Tempo weiter, so würde die wirtschaftliche Krise spätestens im Sommer des nächsten Jahres überwunden werden, so daß dann die langersehnte innerpolitische Beruhigung eintreten könnte.

### Ein Schuldenentwässerungsplan Briands.

Newyork, 2. Dez. In Newyorker Finanzkreisen beschäftigt man sich mit einem Plan Briands, eine amerikanisch-französische Schuldenregelung mit Hilfe der deutschen Eisenbahn-Obligationen durchzuführen. Dieser Plan Briands sei auch gestern in London zwischen den deutschen, englischen und italienischen Delegierten besprochen worden. Danach sollen zunächst 11 Milliarden Mark deutscher Eisenbahn-Obligationen in England und Amerika unterbrebracht werden. Von der Verkaufsumme soll Frankreich 52 Prozent erhalten. Auf diese Weise glaubt Frankreich in die Lage versetzt zu werden, mit Amerika ein befriedigendes Schulden-Abkommen treffen zu können.

Paris, 2. Dez. Nach Verlesung der Regierungserklärung in der Kammer wurde die Diskussion der eingebrachten Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung wie über die Zusammensetzung des Ministeriums bis nach Erledigung des eingebrachten schleunigen Antrages des Finanzministers Loucheur vertagt. Die Gesetzentwürfe sind sofort den Finanzausschüssen überwiesen worden.

Paris, 2. Dez. Die sozialistische Kammerfraktion hat heute abend in einer Sitzung mit 34 gegen 29 Stimmen beschlossen, gegen den Regierungsentwurf zu stimmen.

### Loucheurs Finanzanleiherentwurf.

Paris, 2. Dez. Durch den v. Finanzminister Loucheur eingebrachten Gesetzentwurf wird die Kammer um die Ermächtigung ersucht, mit der Bank von Frankreich ein Abkommen zu treffen, durch das der Vorstoß der Bank von Frankreich an den Staat um 6 Milliarden erhöht werden soll. Außerdem wird die Genehmigung nachgelehrt, den Roten-umlauf von 51 Milliarden auf 58,5 Milliarden zu erhöhen. Um eine Deckung dieser Erhöhung herbeizuführen, fordert der Gesetzentwurf, daß alle am 31. Dezember 1925 rückständigen Steuern um 10 v. H. erhöht werden. Außerdem wird die Grundsteuer für bebauten oder ungebauten Besitz um 50 v. H., die Steuer auf den Nutzen der Industrie, und Handelsunternehmungen um 50 v. H., die Steuer auf den Paatzins aus den Bergwerken um 100 v. H. und die allgemeine Einkommensteuer um 20 v. H. erhöht. Ferner sollen um 50 v. H. erhöht werden: Die Steuern auf das Einkommen aus französischen oder ausländischen mobilen Werten, die der Stempelsteuer unterliegen, sowie von französischen Aktien und Obligationen, die auf den Inhaber lauten und von ausländischen, der Stempelsteuer unterliegenden Aktien und Obligationen, gleichviel ob sie auf den Namen der Inhaber lauten. Der Finanzminister erwartet von den Zusatzsteuern eine Mehreinnahme von rund drei Milliarden.

Paris, 2. Dez. Der Finanzausschuß der Kammer hat die Erhöhung der Vorstöße der Bank von Frankreich an den Staat im Betrage von sechs Milliarden mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen. Gleichfalls angenommen wurde die Erhöhung des Rotenumlaufes.

### Zwischenfall in der italienischen Kammer.

Rom, 2. Dez. Der Abgeordnete Saitta, welcher bisher zur Opposition gehörte, hat heute im Sitzungssaal der Kammer. Ein faschistischer Abgeordneter rief dem Kammerpräsidenten zu: Herr Kammerpräsident, hier steht ein Mann, der Opposition angehört. Darauf stürzten sich mehrere faschistische Abgeordnete auf Saitta, warfen ihn aus dem Sitzungssaal und schrien zum Hause hinaus. Der Vorfall wurde vom Kammerpräsidenten nicht weiter erwähnt.